

Kontakt zur Schweiz stärken

Der CDU-Europaabgeordnete Andreas Schwab plädiert für Freundschaftsvertrag mit Nachbarland

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz werden von vielen Konflikten belastet. Der CDU-Europapolitiker Andreas Schwab fordert einen neuen Ansatz. Auch im Oberrheinrat wird das Verhältnis mit der Schweiz als kompliziert empfunden.

Freiburg (dpa/lsw). Das Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz entwickelt sich eher als Nebeneinander denn als Miteinander – der deutsche Europaabgeordnete Andreas Schwab (CDU) macht sich für einen Nachbarschaftsvertrag zwischen beiden Ländern stark. Deutschland und die Schweiz sollten ihre Beziehungen auf ein neues Fundament stellen, so Schwab in Freiburg. Dies gelinge am besten durch eine schriftliche Vereinbarung beider Staaten, wie sie Deutschland mit Frankreich und Polen habe. Ein solcher Vertrag betone die Vorteile der Kooperation und entschärfe Streit. Davon würde vor allem Baden-Württemberg profitieren. Gefordert seien die Regie-



Andreas Schwab: Die Schweiz ist ein wichtiger Handelspartner.

Foto: dpa

rungen in Berlin und Bern, betonte Schwab.

»Die Debatte um das deutsch-schweizerische Verhältnis ist geprägt von den vielen Problemen, die es im Grenzbereich gibt. Es wird niemals ein Überblick über die vielfältigen und gut funktionierenden Bereiche der Zusammenarbeit hergestellt«, sagte Schwab, der dem Schweiz-Ausschuss

des Europaparlaments angehört. Vom grenzüberschreitenden Miteinander profitierten Bürger, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Schweiz sei ein wichtiger Handelspartner.

»Ich plädiere daher für einen Nachbarschaftsvertrag, so wie ihn Deutschland 1990 mit Polen geschlossen hat oder einen Freundschaftsvertrag wie 1963 mit Frankreich«, sagte Schwab.

Das schaffe eine stabile Grundlage für konstruktive Gespräche. »Die deutsch-schweizerischen Beziehungen sind in einer schwierigen Phase«, sagte Schwab, der das grenznahe Südbaden im Europaparlament vertritt. Ein bilateralen Vertrag könne das Misstrauen bekämpfen und »neues Verständnis« erzeugen. Auch würden die Verhandlungen der Europäischen Union (EU) mit der Schweiz über die 297 bilateralen Abkommen erleichtert. Ziel müsse sein, sie in einen Vertrag zu fassen.

Das deutsch-schweizerische Verhältnis wird von mehreren Konfliktthemen überschattet. Für Irritation sorgt die von den Eidgenossen im Februar beschlossene Begrenzung der Zuwanderung.

Zudem gibt es Streit unter anderem um Schweizer Fluglärm über Schwarzwald und Bodensee, den geplanten Bau eines Schweizer Atomendlagers am Hochrhein direkt an der Grenze zu Baden-Württemberg, über Atomkraftwerke an der Grenze, Einschränkungen für deutsche Pendler und Betriebe sowie über ein Steuerabkommen zwischen Bern und Berlin.

Brückenschlag wagen

Auch im Oberrheinrat, dem politische Mandatsträger aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz angehören, wird das Verhältnis von Baden-Württemberg zur Schweiz ebenso wie das des Elsass zur Schweiz als kompliziert beschrieben. Das liege nicht nur daran, dass die Schweiz kein EU-Mitglied ist, sagte Patrice Harster vom Sekretariat des Oberrheinrats. Der Stuttgarter Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und der Präsident des elsässischen Regionalrats, Philippe Richert (UMP), pflegten sehr gute Beziehungen etwa in der Wirtschaftsförderung. Die Schweiz aber werde bislang kaum einbezogen, sagte Harster.